

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushalt 2024 ist nicht einfach nur ein Zahlenwerk mit den Planungen für das laufende Jahr. Es geht heute auch darum zu erkennen, wie sich unsere finanzielle Situation in den letzten Jahren entwickelt hat und in welche Richtung sich unsere Finanzen in Zukunft bewegen werden.

An den globalen Eckdaten kann man diese Entwicklung ganz gut erkennen.

Der für uns so wichtige Ergebnishaushalt, den wir gegenüber der Aufsichtsbehörde auch regelmäßig ausgleichen müssen, hat im Laufe der Jahre ein immer größeres Defizit erreicht. Vor vier Jahren haben wir uns dabei noch über wenige einhunderttausend Euro Sorgen gemacht.

Für 2024 sind es nahezu eine ganze Million Euro Minus und für das kommende Jahr erneut ein Minus von über 1,5 Mio. Euro. Auch für die Folgejahre 2026/2027 hat unser Kämmerer ein Minus vorausgesagt.

Zu Beginn der Amtsperiode dieses Gemeinderats konnten wir uns noch über liquide Mittel von über 4,4 Mio. Euro freuen. Dieser Betrag wurde und wird im Laufe der Zeit durch Investitionen und jetzt eben auch für den Ausgleich des Minus im Ergebnishaushalt abgeschmolzen.

Der Schuldenstand und die Kreditaufnahmen haben stark zugenommen und werden dies weiter tun. Dies wirkt sich gravierend auf die Haushalte der nächsten Jahre und Jahrzehnte aus. Wir alle wissen, wie belastend das derzeitige Zinsniveau ist.

Gingen war vor weniger als zehn Jahren noch komplett schuldenfrei. Zu Beginn der Wahlperiode dieses Gemeinderates waren es knapp eine Mio. Euro Schulden. In den nächsten drei Jahren werden wir weitere 5 Mio. Euro aufnehmen müssen. Das bedeutet eine Pro-Kopf-Verschuldung von über 1.200 Euro – zu ursprünglich weniger als 200 Euro.

Wie wirkt sich das konkret aus? Spüren unsere Bürgerinnen und Bürger das überhaupt? Oder sind das nur Zahlen?

Die Auswirkungen werden wir alle sehr konkret zu spüren bekommen. Man muss nur die Formulierungen unseres Kämmerers genau anschauen.

2020 war dessen Motto: „*Pflichtaufgaben vor freiwilligen Aufgaben.*“ Es war also damals schon erkennbar, dass es so nicht weiter gehen und eine Unterscheidung zwischen „Pflicht und Kür“ getroffen werden muss.

2024 hört sich das so an:

*„Überprüfung der freiwilligen Aufgaben dringend erforderlich!  
Keine weiteren und zusätzlichen freiwilligen Leistungen und Aufgaben!“*

Das heißt für uns im Klartext, dass wir null Spielraum für neue Ideen haben. Und noch drastischer, alle bestehenden Leistungen überprüfen werden müssen, um den Haushalt künftig entlasten zu können.

In den letzten Jahren haben wir einen Vorgeschmack davon bekommen. Nicht nur, dass unsere Kinder ihre Hände zur Reduzierung von Energiekosten einige Monate mit kaltem Wasser waschen mussten – sicherlich keine Idee mit großem Einsparpotential.

Denn wieviel Euro hat das tatsächlich eingespart? Das ist übrigens der Hauptgrund, warum die Gingener Liste seit zwei Jahren vorschlägt, auf mehrtägige Klausurtagungen mit Hotelübernachtungen zu verzichten und diese dafür hier in der Nähe abzuhalten. Gerne auch mehrtägig, aber eben ohne teure Hotelübernachtung.

Wir haben 2022 eben auch erfahren müssen, wie drastisch sich ein Nachtragshaushalt und notwendige Sperrvermerke auswirken können.

Die Überlegungen, die der Gemeinderat für den Weiterbau der Kita Hohenstein aufwendig erarbeitete und bereits in die Planung investierte, wurden erstmal auf Eis gelegt. Dieser Eingriff in die Investitionen per Nachtragshaushalt war nötig geworden, weil nicht absehbar war, ob und wie unsere Gemeinde bei den beantragten Förderungen für den Hallenneubau berücksichtigt werden würde.

Die Gingener Liste hat diesen Nachtragshaushalt abgelehnt. Für uns waren die Unsicherheit und das damit verbundene Risiko der offenen Finanzierung des Hallenneubaus viel zu hoch. Heute kann man natürlich sagen, dass es die Aufregung nicht wert war. Glücklicherweise, und das meinen wir ernst, konnten wir Förderzusagen in beträchtlicher Höhe bekommen.

Die Auswirkungen der Finanzierungslast des Hallenneubaus zeigen sich jetzt allerdings erneut und leider noch viel drastischer als im vergangenen Jahr.

An den Weiterbau der Kita Hohenstein ist nicht zu denken. Aus einem Provisorium in Form eines Modulbaus wird eine längerfristige Lösung werden müssen.

Mit was zu rechnen war – aber angeblich nicht in dieser Dimension – sind die baulichen Mängel im Kindergarten Sonnenschein. 2,5 Mio. Euro werden für dringende Maßnahmen am Gebäude veranschlagt.

Ob im Bestand saniert, teilweise neu gebaut oder ganz neu gebaut werden muss – ist bislang nicht klar. Offensichtlich geht es weit über die bislang bekannten Probleme mit der Dämmung, dem Ungezieferbefall oder dem maroden Rohrleitungssystem hinaus.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir beantragen hiermit eine baldmöglichste Begehung mit dem Gemeinderat. Wir erhalten viele Fragen aus der besorgten Eltern- und Bürgerschaft zum Gebäudezustand und zu den geplanten Maßnahmen und möchten hierzu zumindest ansatzweise Stellung nehmen können.

Im Haushalt wurden die Investitionen rund um die Kita Sonnenschein ganz nach oben priorisiert. Wir halten das für richtig und tragen das auch mit.

In der Gesamtschau mit dem Hallenneubau darf man gar nicht an die Szenarien denken, die wir per Nachtragshaushalt bei Ausbleiben von Fördergeldern hätten ergreifen müssen.

Dennoch wird es jetzt weitere konkrete Auswirkungen auf andere wichtige Projekte haben. Neben den Einschränkungen bei der Weiterentwicklung der Kindergärten werden Teile der Ortskernsanierung ausgebremst.

Betroffen ist die Neugestaltung des Ortseinganges aus Süßen kommend. Die Neuanlegung der Zufahrt zum Friedhof und die Neugestaltung des Ortseinganges muss leider zwei Jahre verschoben werden.

Auch die Sanierung des Rathauses muss aufgrund der schlechten Finanzlage und der notwendigen Priorisierung der Kindergartensanierung hinten angestellt werden.

Ich möchte eines nochmal ganz klar sagen. Die Gingener Liste war nie gegen eine Investition in die Hohensteinhalle. Wir waren aber gegen eine Investition, die uns jeglichen Spielraum nimmt und finanziell zu sehr einschränkt.

Genau das passiert jetzt. Unsere wichtigsten Projekte, den Ausbau der Kinderbetreuung und die Ortskernsanierung werden ausgebremst. Damit sind wir nicht einverstanden.

Für uns ist es daher auch völlig unverständlich, weshalb wir in diesem Gremium noch vor wenigen Wochen stundenlang über fiktive Planungen und Mammutausgaben, wie eine Autobrücke neben dem sanierungsbedürftigen oberen Steg diskutieren mussten. Wo sollen die mindestens 5 Mio. Euro denn herkommen?

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein Produkt der letzten Jahre. Wir alle sind gemeinsam dafür verantwortlich. Meine Fraktion würde gerne den Plan B sehen, mit dem wir sukzessive aus dieser Situation herauskommen.

Hierzu fehlen auch nur im Ansatz positive Impulse. Aus dem Kreistag hört man nur Negatives. Die Kreisumlage wird leider nicht, wie so oft gefordert, abgesenkt.

Sie steigt weiterhin auf jetzt über 2,3 Mio. Euro Belastung für unsere Gemeinde im laufenden Jahr. Das sind im Vergleich zu 2019 schon rund 400.000 Euro mehr. Weitere Erhöhungen der Kreisumlage wurden bereits angekündigt.

Wenn ich unseren Kämmerer richtig verstanden habe, dann müssen wir sogar mit einer Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes rechnen.

Eine weitere sich abzeichnende hohe Belastung werden die Kostenbeteiligungen bei Sanierungen von weiterführenden Schulen in unserem Umfeld sein.

Seit Jahren entwickelte sich eine Auseinandersetzung zwischen den Schulträger-Kommunen und den Umlandgemeinden. Die Umlandgemeinden sollen sich bei Sanierungen der weiterführenden Schulen an den Kosten beteiligen.

Eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung im Zusammenhang mit Sanierungskosten bei der Daniel Straub Realschule Geislingen ging zu Ungunsten der Umlandgemeinden aus.

Die Entscheidung ist für zukünftige Sanierungen in unserer Raumschaft bindend.

Nachdem man unseren Antrag aus 2023 noch als „nicht zielführend“ einstufte, begrüßen wir ausdrücklich, dass die Verwaltung den Antrag der Gingener Liste jetzt doch umsetzt und zunächst für die Beteiligung am Ausbau des Helfenstein-Gymnasiums im Haushalt eine jährliche Rücklage i.H.v. 250.000 € vorsieht.

Der mittelfristige Finanzbedarf ist enorm. Die Verwaltung sieht für die Kostenbeteiligung beim Ausbau des Helfenstein-Gymnasiums einen Bedarf von 1,0 Mio. Euro bis 2027 und bis 2029 sogar 1,5 Mio. Euro.

In anderen Kommunen, die Gingener Kinder und Jugendliche an ihren weiterführenden Schulen unterrichten, stehen teils erhebliche Bau- und Sanierungsprojekte an bzw. sind bereits in der Realisierung.

Süßen investiert derzeit zur Erweiterung ihres Schulstandortes „Bizet“ eine Summe von rund 25 Mio. Euro.

Mit weiteren Kostenbeteiligungen unserer Gemeinde muss gerechnet werden. Der Haushaltsentwurf 2024 und die weiteren Jahre der mittelfristigen Finanzplanung sehen hierfür keine weiteren Rücklagen vor.

Wir beantragen deshalb die Prüfung durch die Verwaltung, für welche Kommunen Beteiligungen an geplanten Maßnahmen an weiterführenden Schulen in Frage kommen und ggf. eine Anpassung des Rücklagenbetrages.

Eine Nichtberücksichtigung zum jetzigen Zeitpunkt und das Risiko eines Nachtragshaushaltes mit negativen Auswirkungen auf andere Investitionen durch Sperrvermerke sollte unbedingt vermieden werden.

Haushaltsrelevant könnte für unsere Gemeinde auch die Wahrnehmung seiner sozialen Aufgaben hinsichtlich der Anschlussunterbringung Asylsuchender werden. Wir haben nach Eingabe unserer Anträge zwar eine leichte Reduzierung bei den Zahlen erfahren, diese sind mit 21 aufzunehmenden Personen dennoch nicht leicht zu realisieren.

Nach Aussage der Verwaltung ist die Gemeinde hierbei auch auf die Bereitstellung von Wohnraum durch die Bürgerschaft angewiesen – aktuell könnte wohl für eine kleinere Personengruppe eine solche Nutzung realisiert werden.

Was, wenn trotz aller Bemühungen unsere Bürgerinnen und Bürger diese Aufgabe nicht vollumfänglich übernehmen können?

Aus diesem Grund empfehlen wir eine entsprechende Rücklage zu bilden, auf die man im Bedarfsfall zurückgreifen kann, ohne dabei wichtige Investitionen in andere Projekte zu gefährden.

Ein wesentlicher Punkt unserer Finanzplanung stellen die Personalkosten dar. Sie nehmen mit über 4 Mio. Euro bereits 30 Prozent der gesamten ordentlichen Aufwendungen ein.

Unsere Gemeinde betreibt hierbei einen wichtigen aber eben auch sehr hohen Personalaufwand für die Kinderbetreuung. Mit der gesetzlichen Verpflichtung der Ganztagesbetreuung wird dieser Kostenpunkt perspektivisch noch steigen. Da muss es auch legitim sein darüber nachzudenken, wie wir die Kinder hinzugezogener Familien in neuen Baugebieten betreuen können.

Kurzfristige Einnahmen durch den Erlös von Bauland wirken sich mittelfristig als sehr kostenintensive Belastung aus. Für unsere Fraktion wird daher jedes neue Baugebiet u.a. auch an dieser Frage geprüft und entschieden werden müssen.

Erzieherinnen und Erzieher sind nicht leicht zu bekommen – und wir müssen das bestehende Personal halten und Perspektiven bieten.

Die Leistung unseres Personals ist herausragend, wenn man den Personalstand und teilweise auch den besorgniserregenden Zustand mancher Gebäude anschaut.

Die Fraktion Gingener Liste ist sich bewusst, dass sich Gingen längst von der einst finanziell „sorgenfreien“ Kommune weg entwickelt hat.

Spielräume sind abhandengekommen, es muss künftig priorisiert werden – vermutlich auch an schmerzhaften Stellen. Uns ist es weiterhin wichtig, möglichst viele Leistungen aufrecht zu erhalten.

Die Kinderbetreuung soll auf dem heutigen hochwertigen Niveau gehalten werden. Den Erzieherinnen und Erziehern und allen ehrenamtlichen Unterstützern gebührt hierbei ein riesiger Dank.

Als moderner Arbeitgeber muss unsere Gemeinde weiterhin attraktiv bleiben. Das heißt dann auch, dass es sich lohnt zu arbeiten und eine regelmäßige adäquate Anpassung des Lohnes und der Gehälter erfolgt.

Wir müssen künftig vorausschauend die notwendigen Mittel für Tarifverhandlungen im Haushalt einplanen.

Tarifabschlüsse, die geprägt sind von Inflationsausgleich, dürfen uns bitte nicht mehr überraschen.

Als Gemeinderat haben wir in der eigenen Verwaltung teilweise die nötigen Voraussetzungen für eine Personalentwicklung und höhere Besoldung im Beamtenbereich geschaffen.

Dies muss sich dann auch in anderen Teilen der Verwaltung und insbesondere im Tarifbereich entsprechend fortsetzen.

Ansonsten kommt uns Zusehens die Attraktivität für den Öffentlichen Dienst abhanden.

Weitere Erhöhungen von Gebühren und Steuersätzen werden nicht ausbleiben. Zur Erlangung von Fördergeldern mussten diese umfangreich angepasst werden.

Wir hoffen, dass die Grundsteuerreform die Grundstückseigentümer nicht unverhältnismäßig hart treffen wird.

Mit den für 2024 vorgenommenen Erhöhungen der Grundsteuer A auf 420 v.H., der Grundsteuer B auf 420 v.H. und der Gewerbesteuer auf 390 v.H. haben wir unserer Einschätzung nach bereits eine im Einzelfall erhebliche zusätzliche Belastung geschaffen.

Man darf nicht vergessen, dass unsere Einwohnerschaft und auch unser Gewerbe sich in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld befinden und einer insgesamt schwierigen Zeit mit Krieg in Europa, hoher Inflation, Abschlagszahlungen für Energie haben sich teilweise mehr als verdoppelt!

Die Unzufriedenheit nimmt merklich zu. Proteste wachsen. Gingen darf sich in dieser schwierigen Zeit nicht abhängig von Bund, Land und Kreis machen. Von dort aus ist mit eher weniger als mehr an Zuwendungen zu rechnen.

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Gemeinde ist einzigartig. Wir haben großartige Alleinstellungsmerkmale und liebenswerte Momente, die sich hauptsächlich im Zusammenleben und im Wirken unseres Ehrenamtes zeigen.

Allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern ist hierbei zu danken und größtmögliche Unterstützung durch die Verwaltung zu ermöglichen.

In der Gesamtschau erleben wir unsere Verwaltung als verantwortungsvoll und engagiert mit vollem Einsatz. Ihnen allen möchten wir Danke sagen – und natürlich auch allen denjenigen, die sich im Gemeinderat redlich und verantwortungsvoll einbringen.

Wir selbst werden uns den Herausforderungen der Zukunft weiterhin konstruktiv kritisch stellen. Dies gilt auch für haushaltsrelevante Themen. Selbstverständlich sagen wir immer dann ja, wenn es um die nachhaltige Förderung unserer Bürgerinnen und Bürger und dem Wohle unserer Gemeinde geht.

Auf unsere zahlreichen Anträge zu eher weniger haushaltsrelevanten Themen wie das  
Betreuungsangebot für Kinder- und Jugendliche,  
dringend notwendige Ausbesserungen des Gehwegs in der Uferstraße,  
der Gründung eines Fördervereins für die neue „Bosig-Hohensteinhalle“ oder  
Maßnahmen zur Abmilderung von großen Dürreperioden,  
gehen wir an dieser Stelle nicht ein und würde bei Bedarf bei der  
Antragsberatung im Anschluss die jeweiligen Details ausführen.

Für Ihre Aufmerksamkeit bedanken sich aus der Fraktion Gingener Liste  
Matthias Hofmann und Jürgen Engel.